

17. Mai 2021

## Offener Brief an die fachlich beteiligten Ministerien des Bundeskabinetts zu den gravierenden fachlichen Mängeln des geplanten Gebäudeeffizienzerlasses

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Angela Merkel,  
sehr geehrte Frau Bundesministerin Svenja Schulze,  
sehr geehrte Frau Bundesministerin Julia Klöckner,  
sehr geehrter Herr Bundesminister Olaf Scholz,  
sehr geehrter Herr Bundesminister Peter Altmaier,  
sehr geehrter Herr Bundesminister Horst Seehofer,  
sehr geehrter Herr Bundesminister Andreas Scheuer,

die Architects For Future (A4F), der Bund Deutscher Architektinnen und Architekten BDA, das Deutsche Energieberater-Netzwerk e. V. (DEN), die Deutsche Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen (DGNB), die Deutsche Umwelthilfe e.V. (DUH), Natureplus e.V. und der Naturschutzbund Deutschland (NABU) haben Ihnen bereits mit offenem Brief vom 19.03.2021 ihre gemeinsamen Bedenken gegen den geplanten Gebäudeeffizienzerlass für die Liegenschaften des Bundes mitgeteilt. Obwohl der Brief ein großes Medienecho erhalten hat (Auszüge s. Anlage), blieben unsere Bedenken, dass mit dem geplanten Gebäudeeffizienzerlass ein Fehlanreiz für den Abriss bestehender Bausubstanz gesetzt wird, unbeantwortet.

Gerade nach dem Beschluss des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts vom 24. März 2021 über die Unvereinbarkeit der Regelungen des Klimaschutzgesetzes vom 12. Dezember 2019 mit den nationalen Klimaschutzziele und den bis zum Jahr 2030 zulässigen Jahresemissionsmengen mit Grundrechten ist der Entwurf des Gebäudeeffizienzerlasses mehr als unzureichend und aus unserer Sicht nicht akzeptabel. Er ist ein weiteres Beispiel für den mangelnden Umsetzungswillen der Bundesregierung, die im Jahr 2015 in Paris vereinbarten Ziele zu erreichen. Des Weiteren ist uns unklar, wie die immer wieder betonte und gesetzlich verankerte Vorbildrolle des Bundes angesichts dieses ambitionslosen und nur auf Energieeffizianzforderungen ausgelegten Erlasses damit vereinbar sein soll.

Gerade angesichts der vielfältigen Tätigkeiten und umfangreichen Förderungen im Programm „Zukunft Bau“ des BMI ist es nicht nachvollziehbar, warum die ministeriumsinterne Expertise bzw. die von nachgelagerten Behörden wie Umweltbundesamt oder Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung nicht genutzt worden sind. Der Bund hat über zehn Jahre Wissen zur Lebenszyklusbetrachtung und Ganzheitlichkeit des nachhaltigen Bauens massiv gefördert und aufgebaut, welches er aber offensichtlich nicht für die eigenen Bauten und den geplanten Gebäudeeffizienzerlass anwendet. Diese Verschwendung von Geldern und geistigen Ressourcen ist unverantwortlich und unverständlich.

Der Bund hat hier die Gelegenheit, seiner Vorbildrolle wirklich nachzukommen und über die Umstellung auf ein lebenszyklusorientiertes Anforderungsniveau die ganzheitliche ökologische Bewertung und das Berücksichtigen aller Emissionen im Lebenszyklus zu ermöglichen. Damit werden Sanierungen gefördert, die dem Suffizienzprinzip entsprechen, die Erhaltung der bestehenden Bausubstanz sicherstellen und den Einsatz von schadstofffreien sowie weiter- und wiederverwendbaren Materialien fördern. Denn all das ist keine Zukunftsvision, sondern heute bereits möglich und wird bei einer Vielzahl von kommunalen und privatwirtschaftlichen Bauvorhaben bereits umgesetzt.

Wir fordern Sie vor diesem Hintergrund auf, den Erlass nach diesen Maßgaben und unter Berücksichtigung der vorhandenen Expertise und der vorliegenden Instrumente zu überarbeiten, um so der Verantwortung der Bundesregierung im nationalen und internationalen Kontext endlich gerecht zu werden.

Die Unterzeichner\*innen bieten Ihnen im Interesse der gemeinsamen Ziele des Klimaschutzes und der Ressourcenschonung ihre Unterstützung an.



Luisa Ropelato,  
Vorsitzende Architects For Future



Susanne Wartzeck, Präsidentin BDA



Marita Klempnow, Vorstand DEN e.V.



Amandus Samsøe Sattler,  
DGNB-Präsident



Sascha Müller,  
Bundesgeschäftsführer DUH



Tilmann Kramolisch,  
Geschäftsführer Natureplus



Leif Miller,  
Geschäftsführer NABU-Bundesverband